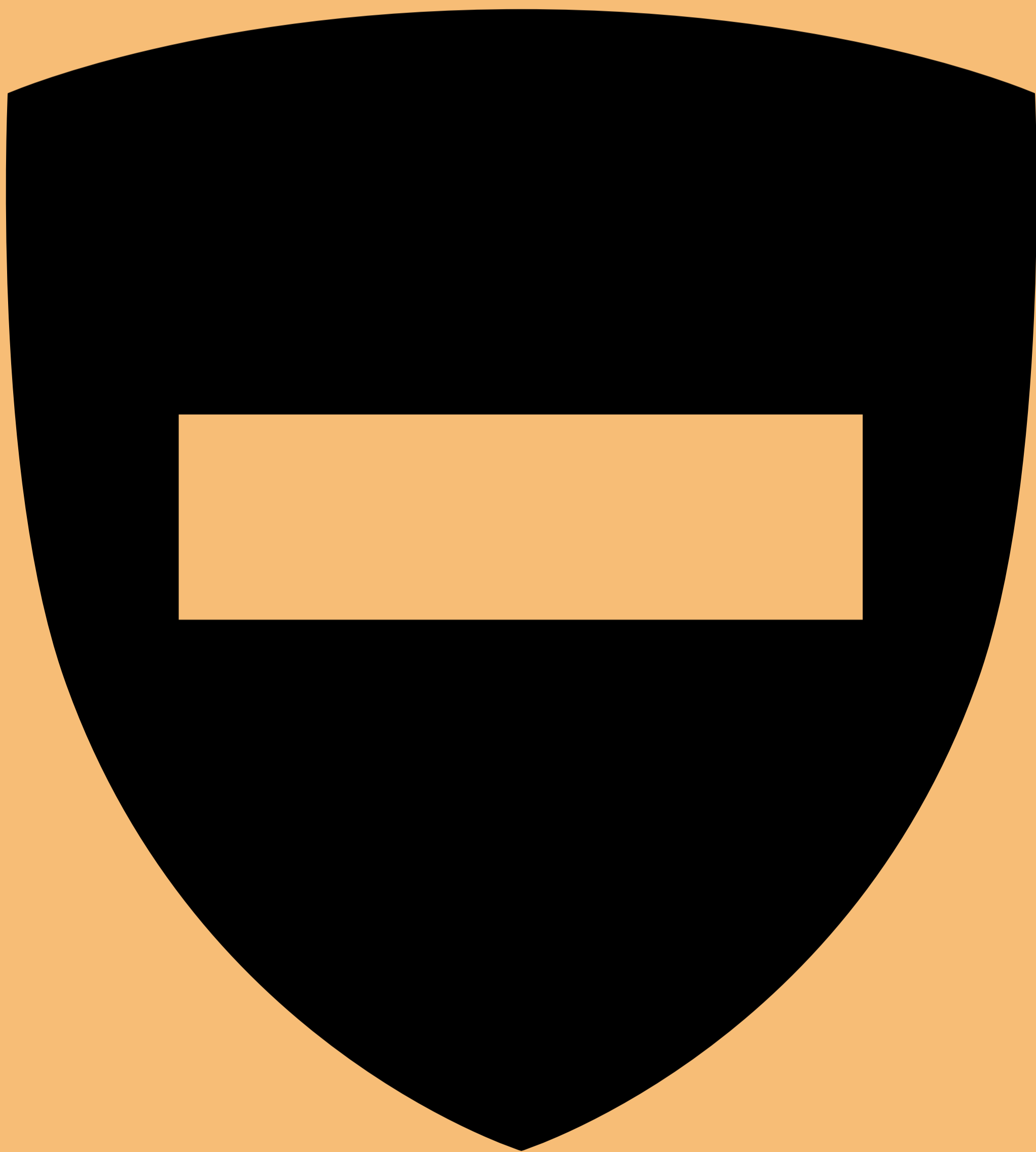


Nichtwählen



Ja, Ja, Ja, Nein, Nein.

Über 100 Mal wurden die Zürcher*innen in den letzten vier Jahren um Ihre Meinung und Ihre politischen Präferenzen gefragt. Ein Privileg für das nicht nur Zürich von ausländischen Beobachtern oft bewundert und manchmal gar benieden wird. Einher mit der häufigen Befragung des Willens der Bevölkerung geht allerdings auch eine grosse Müdigkeit. Denn im Vergleich mit anderen Ländern verzichtet regelmässig eine Mehrheit darauf, ihre Meinung auch kundzutun.

Und so erstaunt es nicht, dass auch in wenigen Wochen, wenn Zwischenresultate, Analysen und Hochrechnungen zu den Eidgenössischen Wahlen herumgereicht werden, die Frage auftauchen wird, welche Parteien und Kandidaten es geschafft haben, die Wahlbevölkerung zu mobilisieren. Und wie es überhaupt um die allgemeine Wahlbeteiligung steht. Sie liegt in der Schweiz mit jeweils unter 50% konstant auf tiefem Niveau und auch bei eidgenössischen Volksabstimmungen liegt die durchschnittliche Beteiligung gerademal bei 45%. Dabei treffen die Politiker*innen, die künftig im National- und Ständerat sitzen, während jeder Session Entscheidungen die das Leben, die Lebensräume und die Lebensumstände von 8 Millionen Menschen beeinflussen. Was sind die Gründe, weshalb sich eine (wenn auch nicht immer gleiche zusammengesetzte) Mehrheit der Bevölkerung nicht mit der Frage auseinandersetzt, wer sie repräsentieren wird? Und das Wahlcouvert statt in die Urne lieber ins Altpapier legt. Warum geht jemand wählen? Und weshalb eben nicht?

Während Wahlpräferenzen vor und nach Abstimmungen jeweils ausführlich Beachtung finden, tun sich Analysten und Wahlforschung schwer mit Erklärungen zur politischen Abstinz. Sie ist der blinde Fleck in jeder Demokratie. Dabei müsste das Interesse für die Gründe, einer Wahl oder Abstimmung fernzubleiben, eigentlich im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Schliesslich spielt es eine wesentliche Rolle, weshalb Menschen demokratischen Prozessen fernbleiben: Sind diese Personen ganz einfach mit der aktuellen politischen Entwicklung zufrieden? Stehen ihnen Hürden bei der Teilnahme im Weg? Oder haben sie sich frustriert und resigniert zurückgezogen? Sind es Menschen, die in prekären Situationen leben und viel unmittelbare Sorgen haben? Oder sind es Individualisten und Hedonisten, die sich mehr für sich selbst als für die politische Auseinandersetzung erwärmen? Und, wie sieht es mit den nicht stimmberechtigten Personen aus? Sie stellen über einen Viertel der Bevölkerung in der Schweiz dar. (Was) würden denn diese abstimmen, sofern sie es könnten?

Auskunft darüber ist einermassen schwer zu bekommen. Da politische Teilnahme als sozial erwünscht gilt, gibt es nicht viele, die sich offen darüber äussern, dass sie nicht wählen oder abstimmen gehen. Klar ist nach dem heutigen Stand der Wahlforschung, dass Nichtwähler*innen alles andere als eine homogene Einheit bilden.

Die Vielfalt an unterschiedlichen Gruppen zeigt auf, wie wichtig eine Diskussion über die Gründe von politischer Abstinz ist. Warum gehen bestimmte Personen wählen und andere nicht? Wie lassen sich Nichtwählerinnen definieren und zuordnen? Gibt es in bestimmten politischen Milieus mehr überzeugte Nichtwähler? Gibt es weniger in Landsgemeinden? Ist politische Abstinz ein Ausdruck der Zufriedenheit oder der Resignation?

Wir haben für diese Ausgabe der Fabrikzeitung Politikwissenschaftler um eine Einordnung und Stimmberechtigte und Nicht-Stimmberechtigte um ein Gespräch gebeten. Und durften feststellen, dass kein Grund zur Sorge, doch ausreichend Anlass zum Handeln besteht. Schliesslich ist es eine Sache, wenn sich einzelne Wahlberechtigte selektiv zur Nicht-Teilnahme entscheiden und sich damit ihrer Handlungen bewusst sind. Es darf uns jedoch nicht egal sein, wenn Menschen nicht gefragt werden, sie sich nicht ernst genommen fühlen oder mit der Auseinandersetzung überfordert sind. Für eine lebendige und gelebte Demokratie müssen sie eingebunden, ermutigt und ermächtigt werden. Damit sie, wenn sie das nächste Mal gefragt werden, auch antworten können. Oder sich entscheiden, auch mal darauf zu verzichten.

Von Ivan Sterzinger

Bitte frei lassen

2

Warum nicht wählen?

Am 20. Oktober 2019 wird aller Voraussicht nach etwa die Hälfte der Wahlberechtigten in der Schweiz nicht zur Urne gehen. Weshalb nehmen so viele ein Recht, welches in vielen Ländern in langen und blutigen Auseinandersetzungen erkämpft wurde, nicht (mehr) wahr? Und weshalb ist die Wahlbeteiligung ausgerechnet in jenem Land, das Mitte des neunzehnten Jahrhunderts eines der einzigen demokratisch verfassten Länder Europas war, derart tief?

Zunächst ist der Vorwurf der chronisch tiefen Wahlbeteiligung in der Schweiz zu relativieren. Denn hierzulande wird bekanntermassen nicht bloss alle vier Jahre ein Parlament gewählt, sondern mehrmals im Jahr direkt über Sachgeschäfte entschieden – und dies auf allen drei staatlichen Ebenen: national, kantonal und lokal. Auswertungen der offiziellen Stimmregisterdaten aus dem Kanton Genf und der Stadt St. Gallen haben diesbezüglich gezeigt, dass sich rund 75-80 Prozent aller Stimm- und Wahlberechtigten mindestens einmal innerhalb einer Zeitspanne von vier Jahren an Abstimmungen oder Wahlen beteiligen. Dieser kumulierte Beteiligungswert von rund 80 Prozent liegt nahe bei und oftmals gar über der durchschnittlichen Wahlbeteiligungsrate in anderen europäischen Staaten. Die Schweizerinnen und Schweizer sind demnach nicht jene «Politikmuffel», als welche sie ab und an dargestellt werden. Sie beteiligen sich deshalb nicht derart fleissig an Wahlen wie anderswo, weil die zusätzlichen direktdemokratischen Mitspracherechte, die es anderswo selten gibt, die Wahlen zumindest teilweise «entwerten».

Trotzdem lässt sich nicht wegdiskutieren, dass die Beteiligung an Wahlen in der Schweiz tief ist. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung in der jüngeren Vergangenheit von rund 50 Prozent gilt zudem bloss für nationale Wahlen. In Kantonen und Gemeinden liegt dieser Wert oftmals deutlich darunter. An den letzten kantonalzürcherischen Wahlen (2019) partizipierte zum Beispiel gerade mal ein Drittel der Wahlberechtigten. Was sind die Gründe für dieses massenhafte Fernbleiben von der Wahlurne? Generell gilt, was Sidney Verba, Kay Schlozman und Henry Brady für die US-amerikanische Nichtwählerschaft als Ursachen der Wahlabstinz festhielten. Bürger und Bürgerinnen wählen aus folgenden Gründen nicht: «because they can't, because they don't want to; or because nobody asked them to.» Mit anderen Worten: Entweder fehlt die Kompetenz, die Motivation oder die Mobilisierung. Befragungen von Schweizer Nichtwählerinnen und Nichtwählern haben gezeigt, dass es sich hierzulande nicht anders verhält. Die relative Mehrheit unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern machen dabei jene aus, denen es an der Motivation mangelt, teilzunehmen. Diese Bürgerinnen und Bürger sind an Politik zwar durchaus interessiert und beteiligen sich ab und zu auch an Abstimmungen, also dann, wenn sie ein «punktuellles Eingreifen» für nötig erachten. Aber im Grossen und Ganzen sind sie zufrieden mit der Demokratie und dem Lebensstandard in der Schweiz und sehen deshalb keinen Grund, (selbst) an Wahlen teilzunehmen. Implizit wohnt dieser Haltung wahrscheinlich in den meisten Fällen die Ansicht inne, dass das Wählen ohnehin keine – bzw. keine negative – Auswirkung auf ihr tägliches Leben hat.

Von dieser Gruppe ist jene der «Politikverdrossenen» zu unterscheiden, die zwar ebenfalls keinen Anreiz sieht, an Wahlen teilzunehmen, aber nicht etwa, weil sie prinzipiell zufrieden ist mit der Politik, sondern – umgekehrt – weil sie mit der Funktionsweise der Schweizer Demokratie höchst unzufrieden ist. Ihr Anteil beträgt gemäss einer Studie von Markus Freitag und Matthias Fatke rund 16 Prozent aller Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Sie haben sich vielfach von der Politik abgewendet mit den Worten «die da in Bern machen sowieso, was sie wollen.» Ihr Glaube daran, durch Wahlentscheide etwas am «System» ändern zu können, ist gering, weshalb sie keinen Sinn darin sehen, sich an Wahlen zu beteiligen. Ähnlich verhält es sich mit einem weiteren, allerdings kleinen Teil der Nichtwählerschaft: Sie bleiben der Urne fern, weil sie der Ansicht sind, ihre einzelne Stimme ändere ohnehin nichts am Resultat. Ihr Fernbleiben hat demnach nichts mit einer grundlegenden Kritik am politischen System zu tun, sondern mit streng rationalen Erwägungen. Und tatsächlich haben diese Nichtwählerinnen und Nichtwähler keineswegs Unrecht: Es kommt so gut wie nie vor, dass eine Wahl wegen einer einzelnen Stimme entschieden wird. Aus der Sichtweise dieser Wahlberechtigten ist nicht etwa das Fernbleiben von der Urne erklärungsbedürftig, sondern vielmehr die Wahl selbst: Warum sollte ein streng rational denkender Mensch sich überhaupt an Wahlen beteiligen? Denn die Kosten einer Teilnahme übersteigen den ökonomischen Nutzen mit allergrösster Wahrscheinlichkeit. In der Tat hat die ökonomische Theorie der Politik diese Frage bis zum heutigen Tage nicht zufriedenstellend beantworten können. Erstaunlich ist indessen, dass ausgerechnet dieser streng rationale Abstinzgrund selten genannt wird.

Sodann ist ein Teil der Nichtwähler*innenschaft von den Wahlmodalitäten und dem Entscheidungstoff schlicht überfordert: Diese Leute wissen entweder nicht, wie man einen Wahlzettel korrekt ausfüllt – in der Tat ist das Wählen in der Schweiz nicht selbsterklärend – oder es fällt ihnen schwer, ihre sachpolitischen Präferenzen in einen entsprechenden Wahlentscheid zu formen: Welche Partei oder welche Kandidaturen stehen für welche Politik? Für politisch hoch interessierte Menschen erscheint diese Frage trivial. Denn sie finden sich bei Wahlen und Abstimmungen problemlos zurecht, weil sie sich – aus welchen Gründen auch immer – stark mit Politik beschäftigen. Aber für Menschen, denen ein solches Interesse an Politik nicht «in die Wiege gelegt wurde» (die politische Involvierung des Elternhauses ist in der Tat einer der wichtigsten Bestimmungsgründe für die Wahlteilnahme), fällt die Wahl zwischen all den verschiedenen Parteien und Kandidaten nicht leicht. Eingebürgerte gehören im Übrigen oft zu dieser Gruppe, denn ihnen wurde das Wählen und Abstimmen im Elternhaus oftmals nicht vermittelt und vorgelebt. Und tatsächlich – so zeigen etwa die Registerdaten der Stadt St. Gallen – beteiligen sich Eingebürgerte seltener als gebürtige Schweizerinnen und Schweizer.

Einer weiteren Gruppe fehlt der Anstoss von aussen (Mobilisierung), um sich zu beteiligen. Einige dieser Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind sozial isoliert. Dazu gehören häufig ältere Frauen (es gibt deutlich mehr Witwen als Witwer), bei denen die Wahrscheinlichkeit, von einer politischen Mobilisierungswelle erfasst zu werden, wegen ihrer sozialen Isoliertheit von vornherein gering ist. Andere sind zwar in einem sozialen Umfeld eingebettet, aber in diesem Umfeld findet sich kaum jemand, mit dem sich über Politik reden lässt oder der zur politischen Teilnahme begeistern könnte. Diese Wahlberechtigten nehmen letztlich nicht teil, weil sie niemand dazu auffordert.

Alles in allem sieht die Lage aber nicht derart düster aus, wie sie manchmal dargestellt wird: Denn zum einem beteiligen sich die Schweizerinnen und Schweizer durchaus am politischen Entscheidungsprozess. Das muss in der Schweiz nicht notwendigerweise über Wahlen erfolgen; man kann seine politischen Präferenzen auch in Sachabstimmungen zum Ausdruck bringen. Zum anderen ist die Wahlabstinz oftmals Ausdruck einer prinzipiellen Zufriedenheit mit dem politischen System und dem Leben in der Schweiz im Generellen. Viele dieser Wahlberechtigten entsprechen dem, was in der amerikanischen Wahlforschung als «monitorial citizen» bezeichnet wird: Generell lässt man die Politikerinnen und Politiker gewähren, hält sich bei Wahlen vornehm zurück, greift aber dann ein – beispielsweise, indem man sich in Abstimmungen zu kontroversen Sachfragen äussert –, wenn man der Ansicht ist, nun sei ein Richtungswechsel nötig. Dieser Typus von Bürgerin oder Bürger entspricht zwar nicht dem demokratietheoretischen Ideal des politisch hochinteressierten «citoyen», aber er entspricht einem realistischen Bild einer Staatsbürgerin oder eines Staatsbürgers, zu deren bzw. dessen politischen Rechten auch jenes der Nichtteilnahme an Wahlen gehört.

Von Thomas Milic

3

Because they can't, because they don't want to, because nobody asked them to

Dr. Thomas Milic ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.



0 Die Nichtwählenden

Kand.-Nr. Name, Vorname, Geburtsjahr, Beruf, Wohnort

| | | |
|------|---|--|
| 1001 | 4 | Die zufrieden Desinteressierten. |
| 1001 | 4 | Die zufrieden Desinteressierten. |
| 1001 | 4 | Die zufrieden Desinteressierten. |
| 1001 | 4 | Die zufrieden Desinteressierten. |
| 1001 | 4 | Die zufrieden Desinteressierten. |
| 1001 | 4 | Die zufrieden Desinteressierten. |
| 1001 | 4 | Die zufrieden Desinteressierten. |
| 1004 | 9 | Die Inkompetenten. |
| 1004 | 9 | Die Inkompetenten. |
| 1004 | 9 | Die Inkompetenten. |
| 1004 | 9 | Die Inkompetenten. |
| 1004 | 9 | Die Inkompetenten. |
| 1004 | 9 | Die Inkompetenten. |
| 1001 | 4 | Sozial Isolierte. |
| 1001 | 4 | Sozial Isolierte. |
| 1001 | 4 | Sozial Isolierte. |
| 1001 | 4 | Sozial Isolierte. |
| 1001 | 4 | Sozial Isolierte. |
| 1005 | 7 | Die politisch Verdrossenen. |
| 1005 | 7 | Die politisch Verdrossenen. |
| 1005 | 7 | Die politisch Verdrossenen. |
| 1005 | 7 | Die politisch Verdrossenen. |
| 1005 | 7 | Die politisch Verdrossenen. |
| 1004 | 9 | Abstimmende Nichtwählende. |
| 1004 | 9 | Abstimmende Nichtwählende. |
| 1004 | 9 | Abstimmende Nichtwählende. |
| 1004 | 9 | Abstimmende Nichtwählende. |
| 1006 | 5 | Die unkonventionell Partizipierenden. |
| 1006 | 5 | Die unkonventionell Partizipierenden. |
| 1006 | 5 | Die unkonventionell Partizipierenden. |

| Bitte für Wahlbüro frei lassen | |
|---|----------|
| Lauf-Nr. | |
| Zusatzstimmen/Leere Zeilen | |
| <div style="border: 1px solid black; width: 50px; height: 20px; margin: auto;"></div> | |
| Streichen | Änderung |
| 1 | |
| 2 | |
| 3 | |
| 4 | |
| 5 | |
| 6 | |
| 7 | |
| 8 | |
| 9 | |
| 10 | |
| 11 | |
| 12 | |
| 13 | |
| 14 | |
| 15 | |
| 16 | |
| 17 | |
| 18 | |
| 19 | |
| 20 | |
| 21 | |
| 22 | |
| 23 | |
| 24 | |
| 25 | |
| 26 | |
| 27 | |
| 28 | |
| 29 | |
| 30 | |

25% Zufriedenen desinteressierte Nichtwählende

Die zufriedenen, aber eher desinteressierten Nichtwählenden bilden mit 25 Prozent die grösste Gruppe innerhalb der Nichtwählerschaft. Sie zeigen ein unterdurchschnittliches politisches Interesse, äussern aber politisches Vertrauen und allgemeine Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Zudem üben sie hin und wieder alternative Formen politischer Partizipation wie etwa Protestieren oder das Sammeln von Unterschriften aus. Im Gegensatz zur Motivation mangelt es dieser Gruppe nämlich nicht an Ressourcen oder Netzwerken. Vielmehr verfügen sie über ein relativ hohes Einkommen und Bildungsniveau und sind familiär und sozial recht gut eingebunden. In soziodemographischer Hinsicht fällt auf, dass die zufriedenen, aber wenig interessierten Nichtwählenden eher in grossen Haushalten leben, während ihr Alter und die Grösse ihres Wohnortes im Durchschnitt liegen.

18% Sozial isolierte Nichtwählende

Die sozial isolierten Nichtwählenden machen etwa 18 Prozent aus. Ihnen fehlt es weniger an Ressourcen, sondern eher an Motivation und sozialer Einbettung. Das vergleichsweise hohe Bildungsniveau, der seltene Kirchgang und der ledige Familienstand lassen sich durch das im Vergleich jüngste Durchschnittsalter erklären. Besonders auffällig sind die fehlende Kandidatenkenntnis als Grund der Abstinenz, das geringe Vertrauen in die Politik sowie die Seltenheit politischer Diskussionen mit Familie, Freunden oder Kollegen. Isoliert von einem politisch motivierenden Umfeld, fällt es besonders schwer, staatsbürgerliche Rechte, Pflichten und Fähigkeiten zu erlernen und einzüben.

16% Politisch verdrossene Nichtwählende

Die politisch verdrossenen Nichtwählenden sind mit 16 Prozent vertreten. Noch weitaus mehr als der vorherigen Kategorie fehlt es den Mitgliedern dieser Gruppe an der Motivation, sich an Wahlen zu beteiligen. Sie zeigen das geringste politische Interesse, den seltensten Nachrichtenkonsum und das wenigste Wissen über politische Sachverhalte aller Nichtwählergruppen. Zudem besteht ein Mangel an Ressourcen, was ihre Bildung und das Einkommen betrifft. Ferner suggerieren die vergleichsweise hohe Unzufriedenheit mit der Demokratie, das Misstrauen den politischen Institutionen gegenüber, die geringe Parteidentifikation und der seltene Austausch über Politik, dass die Nichtwahl ein Ausdruck von tiefer sitzendem Verdruss ist. Diese Gruppe ist tendenziell eher in kleinen Gemeinden und dem politisch linken Lager zuhause.

Die sogenannten Nichtwähler*innen bildeten lange den wenig untersuchten blinden Fleck in der Wahrnehmung der politischen Teilnahme. Während die aktiv wählenden regelmässig und detailliert nach Parteipräferenzen und sozioökonomischen Faktoren ausgeleuchtet wurden, gab es für die nicht Teilnehmenden oft nur pauschale Vermutungen: Faul, dumm, desinteressiert. Der Politikwissenschaftler Markus Freitag hat zusammen mit Adrian Vatter, Marc Bühlmann und Matthias Fatke anlässlich der Wahlen in den Jahren 1999 und 2011 die Gruppe der Nichtwählenden untersucht. Die dabei entstandenen Studien sind leicht nachvollziehbar und liefern ein differenziertes Bild (siehe obere Seitenhälfte). Wir haben uns mit ihm über die Möglichkeiten politischer Einbindung, das Engagement von Ausländer*innen und Eingebürgerten sowie über die Einschätzungen zur Klimabewegung gesprochen.

Ivan Sterzinger
Wann sind Sie das letzte Mal der Urne ferngeblieben?

Markus Freitag
Seit ich vor fünf Jahren eingebürgert worden bin, habe ich an jedem Urnengang teilgenommen. Und zwar egal, ob es um Anliegen auf Gemeinde-, auf kantonaler oder nationaler Ebene oder um Wahlen ging.

IS
Was bringt Sie selbst dazu, Ihre Stimme beizutragen?

MF
Zu einem grossen Teil sehe ich mich der Norm verpflichtet, dass Wählen und Abstimmen eine Bürgerpflicht ist. Als Eingebürgerter genieße ich es zudem, nun das auszuüben, worüber ich vorher jahrelang als Aussestehender geforscht habe.

IS
Warum gehen Menschen denn zur Wahl, oder eben nicht?

20% Inkompetente Nichtwählende

Die Gruppe der inkompetenten Nichtwählenden kommt auf rund 20 Prozent. Sie hat ein im Vergleich geringes Einkommen und Bildungsniveau sowie eine kärgliche soziale Einbindung zu beklagen. Die Mitglieder dieser Gruppe sind unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie und haben kaum Vertrauen in Regierung und Parlament. Als Gründe der Nichtwahl geben sie an, sich nicht für Politik zu interessieren, diese als zu kompliziert zu empfinden, die Kandidierenden nicht zu kennen und sich überdies nicht entscheiden zu können. Es verwundert daher nicht, dass nur die wenigsten von ihnen an vorherigen Wahlen und Abstimmungen teilgenommen haben oder anderen Arten politischer Beteiligung nachgehen. Diese Nichtwählenden sind insbesondere in kleinen Haushalten und mittleren bis grösseren Gemeinden zu finden.

13% Abstimmende Nichtwählende

Die abstimmenden Nichtwählenden machen 13 Prozent der Nichtwählerschaft aus. Sie spielen in mancherlei Hinsicht eine Sonderrolle. Eigentlich vereinen sie viele Voraussetzungen für eine Wahlteilnahme: Vertreter dieses Typs interessieren sich sehr für Politik, lesen häufig politische Nachrichten in der Zeitung und kennen sich in der Politik generell gut aus. Zudem sind ihnen sogar die Kandidierenden bekannt, und Politik erscheint ihnen nicht allzu kompliziert. Allerdings weisen die Mitglieder dieser Gruppe keine allzu grossen Bildungs- und Einkommensressourcen auf. Überdies halten diese Befragten Volksabstimmungen für wichtiger als Wahlen und konsultieren damit lieber die Abstimmungs- als die Wahlurne. Diese abstimmenden Nichtwählenden sind tendenziell jünger und wohnen eher in kleinen Haushalten in grossen Gemeinden.

9% Unkonventionell partizipierende Nichtwählende

Die unkonventionell Partizipierenden sind mit nur 9 Prozent die kleinste Gruppe unter der Nichtwählerschaft. Zwar weisen Mitglieder dieser Gruppe einen hohen Grad an politischem Interesse auf und sind sozial recht gut eingebunden. Allerdings fallen die finanzielle Ausstattung und das Humankapital eher gering aus. Auffällig ist in dieser Gruppe der ausgesprochen hohe Anteil ausgeübter unkonventioneller Partizipationsformen abseits der Wahl- und Stimmurne in Bürgerinitiativen, in Parteien oder auf der Strasse. Allerdings ist dies nicht als Protest gegen das politische System zu verstehen. Denn dieser Typus des Nichtwählenden zeichnet sich durch eine grosse Zufriedenheit mit der Demokratie, eine starke Identifikation mit Parteien und durch hohes Vertrauen in die Politik aus. Schliesslich liegt in dieser Gruppe das Durchschnittsalter am höchsten, und es wird am häufigsten im persönlichen Umfeld über politische Themen diskutiert.

Nein ≠ Nein

MF
Grundsätzlich gibt es drei Gründe, warum sich jemand politisch beteiligt – oder nicht: Zuerst einmal, weil man will oder eben nicht will, weil man gefragt wird oder nicht gefragt wird, und weil man kann oder eben nicht kann. Der erste Grund ist gewissermassen eine Frage der Weltanschauung. Der letzte Grund hat meistens mit den eigenen Fähigkeiten zu tun, also ob man überhaupt weiss, wie die politischen Prozesse funktionieren und sich als kompetent oder inkompetent ansieht, sich politisch zu beteiligen. Und dann gibt es eben noch die Frage des «gefragt werden» und ob Netzwerke verfügbar sind, die dann als Mobilisierungskanäle funktionieren. Dabei spielt es zum Beispiel eine Rolle, ob wir in einer Gruppe leben, in der viel über Politik gesprochen wird und wir damit zur politischen Beteiligung stimuliert werden. Oder im Falle der Nicht-Beteiligung auch von unserem Umfeld sanktioniert werden.

IS
Denken Sie, dass stärkere Formen der Mitbestimmung für Einwanderer*innen, wie es ein kommunales Wahl- und Stimmrecht bietet, insgesamt zu einer höheren Beteiligung führen kann?

MF
Das kann helfen, muss aber nicht. Hier spielt es auch eine Rolle, ob im sozialen und familiären Umfeld überhaupt über Schweizer Politik diskutiert wird. Es gibt viele Migrant*innen, die interessieren sich sehr für die Politik in ihrem Heimatland, aber wenig für das politische Geschehen hier. Allerdings sind Entscheidungen auf kommunaler Ebene noch viel direkter; sei es eine Umgehungsstrasse, die Sanierung des Schulhauses oder der Freizeitanlage und so weiter. Auf dieser Ebene würde es sicher Sinn machen, das Wahlrecht auszuweiten. Eine andere Frage ist, nach welcher Frist Ausländer*innen das Wahlrecht erhalten sollten. Für Einzelne mag ein zweijähriger Aufenthalt in der Schweiz zu gering be-

messen sein. Wieder andere wollen das Wahlrecht ganz allein den Schweizer*innen überlassen, weil sie sich ängstigen, dass Aus-länder*innen Dinge entscheiden, deren Folgen sie nicht zu tragen haben, wenn sie der Schweiz in kurzer Frist wieder den Rücken kehren. Befunde der Freiwilligkeitsforschung legen nahe, dass diejenigen, die eingebürgert sind, häufiger auch engagiert sind als nicht eingebürgerte Ausländer*innen – wenn auch noch nicht so stark wie die mit einer Staatsbürgerschaft geborenen Personen. Der Integrationsprozess geht Hand in Hand mit dem Beteiligungsprozess.

IS
In Studien in Deutschland, Grossbritannien und den USA wurden Hinweise darauf gefunden, dass in Gegenden mit einem hohen Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung die Wahlbeteiligung tiefer ist. Als Grund wird eine schwächere soziale Norm (der politischen Teilnahme) vermutet. Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

MF
Es ist zu vermuten, dass bei der Grösse «Ausländeranteil» mitunter auch andere Faktoren mitspielen, die nicht direkt gemessen werden, die aber einen Effekt auf die politische Beteiligung haben – zum Beispiel eine schwache soziale Lage, Einkommen oder der soziale Status. Diejenigen, die sozial schwach sind oder über ein niedriges Einkommen verfügen, gehen weniger zur Wahl.

IS
Sie haben in Ihren Untersuchungen auch eine Gruppe von Nichtwählenden beschrieben, die sich zwar an Abstimmungen jedoch nicht an Wahlen beteiligt. Warum?

MF
Ich denke, dass die Abstimmungs-demokratie durchaus eine ernstzunehmende Konkurrenz für

Anhand der Daten von 4391 im Jahre 2011 befragten Schweizer*innen identifizierten die beiden Politikwissenschaftler Matthias Fatke und Markus Freitag die sechs nebenstehenden Nichtwähler-Typen. (Fatke, Matthias und Freitag, Markus (2016): Wollen sie nicht, können sie nicht oder werden sie nicht gefragt? Nichtwähler-Typen in der Schweiz. In: Freitag, Markus und Vatter, Adrian (Hrsg.): Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung: 95-120.)

Interview von Ivan Sterzinger
Ivan Sterzinger ist Redaktor der Fabrikzeitung.

**Die in Herrliberg
machen sowieso
was sie wollen.**

die Wahldemokratie ist. Die Personen dieser Gruppe sind durchaus politisch interessiert und bringen alle Voraussetzungen mit, an Wahlen teilzunehmen. Sie gehen allerdings nicht wählen, nehmen aber an Abstimmungen teil, da diese als wichtiger eingeschätzt werden. Man kann dort bei konkreten Sachanliegen immer noch die Bremse ziehen, Anliegen vorbringen und damit Einfluss nehmen. Die einfache Entscheidung über «Ja» oder «Nein» ist für viele attraktiver, auch weil es dabei oft um eine zugespitzte Frage geht. Wahlen sind demgegenüber vielschichtiger, man wählt «Köpfe», die man gar nicht kennt und denen man Vertrauen entgegen bringen muss. Ausserdem wird den Wahlen wenig Bedeutung beigemessen, weil die Regierungsbildung in der Schweiz mehr oder weniger losgelöst vom Wahlergebnis erfolgt.

IS
Am 1. September 2019 haben die Stimmberechtigten des Kantons Zürich der Änderung des Steuergesetzes (Steuer-vorlage 17) mit einem Ja-Anteil von 55.95% zugestimmt. Die Stimmbeteiligung lag dabei bei lediglich 27%. Umgerechnet auf die Bevölkerung des Kantons Zürich hat somit eine Gruppe von knapp 140'000 Personen in einem Anliegen für insgesamt über 900'000 Wahlberechtigte und über eine Wohnbevölkerung von 1,5 Millionen entschieden. Die Zahl der Nichtstimmenden in dieser Abstimmung beträgt über 650'000 Personen.

MF
Mein Eindruck ist, dass die Vorlage vom 1. September beim Volk als politisch wenig umstritten wahrgenommen wurde. Regierungsrat und Kantonsrat haben dieselbe Parole herausgegeben, die Mobilisierung insgesamt war eher gering. Gleichzeitig richtete sich die öffentliche Aufmerksamkeit bereits stark auf die kommenden Nationalratswahlen. Dazu kommt, dass in Zürich relativ häufig auf Bundes-Kantons- und Gemeindeebene abgestimmt wird. Dies kann eine gewisse Wahlmüdigkeit hervorrufen, die dazu führt, dass selektiver entschieden wird, bei welchen Anliegen man sich beteiligen will. Wäre in Zürich über das kommunale Wahlrecht abgestimmt worden, dann wäre die Stimmbeteiligung mit Sicherheit höher ausgefallen.

Es kann auch sein, dass es unter den Nichtstimmenden Leute hat, denen die Vorlage zu kompliziert war. Es ist aber auch möglich, dass ein Grossteil der Leute einfach zufrieden ist und deshalb nicht abstimmen gegangen ist. Das darf man nicht vergessen, wenn man Wahl- und Abstimmungs-beteiligungen einschätzen muss. Dann wäre eine hohe Beteiligungsquote im Umkehrschluss ein Zeichen von Unzufriedenheit.

IS
Gibt es in bestimmten Milieus mehr Wählerinnen oder Nichtwähler?

MF
Studien legen nahe, dass in Gegenden mit sozial Bessergestellten die Wahlbeteiligung viel höher ist als in Gebieten mit schlechter gestellten Gruppen. Wenn es um politische Milieus geht, dann ist das doch eher ausgeglichen. Würden alle Nichtwähler*innen in der Schweiz wählen gehen, würde sich an den parteipolitischen Kräfteverhältnissen nicht viel ändern.

IS
Der Berner Musiker und Schriftsteller Endo Anaconda hat in einem Interview kürzlich Demokratie mit Religion verglichen. Er meinte, man müsse schon daran glauben und abstimmen gehen. Ist Wählen tatsächlich eine Religion und Nichtwählende sind die Atheisten?

MF
Für einen Teil der Nichtwählenden mag das wohl zutreffen, jedoch mit Sicherheit nicht für alle. Wenn man dieses Gedankenexperiment vollziehen möchte, dann gilt dies vor allem für den Teil der Nichtwähler, die rigoros nicht teilnehmen wollen, obwohl sie über die nötigen Netzwerke und Fähigkeiten verfügen. Dann geht es tatsächlich in die Richtung einer Weltanschauung und einer tiefer liegenden Grundeinstellung. Nicht zutreffend ist die Aussage allerdings für diejenigen Nichtwählenden, die sich nicht fachkundig genug fühlen und denen die Voraussetzungen fehlen, um sich zu informieren. Bei diesen beiden Gruppen hat die Abstinenz weniger mit Weltanschauungen zu tun.

IS
Welche Erkenntnisse lassen sich aus den Studien von 2003 und 2015 ziehen, mit denen die politische Beteiligung bei den isolierten oder frustrierten Nichtwählenden gefördert werden könnte?

MF
Mit demokratiethoretischer Sorge müssen die Gruppen der sozial Isolierten und Inkompetenten betrachtet werden, die schlichtweg nicht in der Lage sind, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Hier ist angeraten, Hindernisse wie die fehlende politische Kompetenz und Gemeinwohlsensibilität durch vermehrte politische Aufklärung und Bildung zu überwinden. Mein Eindruck ist, dass man in der Schweiz trotz Fortschritten immer noch zu wenig in die politische Bildung in den Schulen investiert. Im Kanton Aargau wird dies ab Sommer 2020 in der Oberstufe als Pflichtfach eingeführt. In vielen anderen Kantonen läuft das immer noch nebenbei, z.B. im Geschichtsunterricht. Bei den sozial Isolierten ist es etwas schwieriger. Wir können ja nicht einfach sagen «Jetzt gründen wir alle wieder Vereine». Die Individualisierung trägt sicherlich dazu bei, dass bei einigen Personen Präferenzen der eigenen Entwicklung im Vordergrund stehen und sie sich deshalb gar nicht am Gemeinwohl als solchem beteiligen möchten.

IS
Lässt sich denn ein Zusammenhang zwischen der Grösse einer politischen Gemeinde und der Wahlbeteiligung feststellen?

MF
Der Tendenz nach lässt die Wahlbeteiligung mit zunehmender Grösse der Gemeinde nach. Einer jüngeren Studie zufolge kämpfen beispielsweise fusionierte Gemeinden mit einer nachlassenden Wahlbeteiligung. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass eine zusätzliche Anonymisierung stattfindet und die mobilisierenden Netzwerke nicht mehr so greifen. Gleichzeitig verschwindet mit der zu-

nehmenden Grösse die Sanktionsgewalt einer kleinen und überschaubaren Gruppe: Man muss sich weniger rechtfertigen, wenn man nicht an einer Wahl teilnimmt.

IS
Schaffhausen kennt seit 1973 ein Wahl- und Stimm-zwang für alle Stimmberechtigten. Wer nicht abstimmen oder wählen geht, hat eine Busse von 6 Franken zu bezahlen. Wird das in der Politikwissenschaft als nützliche Massnahme angesehen oder wird das auch künftig ein exotisches Mittel bleiben?

MF
Abhängig von den Sanktionen bei Nichtbefolgung ist die Wahlpflicht natürlich ein probates Mittel, um hohe Beteiligungsraten zu erzielen. Generell stellt sich aber hier die Frage, ob es nicht der freien Entscheidung überlassen werden sollte, ob jemand von seinem Wahlrecht Gebrauch macht oder nicht. Schaffhausen gehört dadurch zwar regelmässig zu den Kantonen mit den höchsten Wahlbeteiligungen im inter-kantonalen Vergleich, sie haben aber auch einen vergleichsweise hohen Anteil an leer eingelegten Stimmzetteln. Es ist zu vermuten, dass sich diese Leute dann gar nicht mit den Inhalten ausein-andergesetzt haben. Es kann auch durchaus als ein stiller Pro- test gegen die Verpflichtung angesehen werden. Langfristig halte ich es für wirksamer, in die politische Bildung zu investieren, um die Leute für Politik zu interessieren und verantwortungs-volle Bürgerinnen und Bürger heranzuziehen.

IS
In Sion wird anlässlich der eidgenössischer Abstim-mung am 9. Februar 2020 erstmals ein Bürgerpanel gebildet, das sich über ein zur Debatte stehendes Anliegen austauschen und daraufhin eine Wahlempfehlung abgeben soll. Welche Auswirkungen sind durch solche Massnahmen bezüglich der demokratischen Legitimation zu erwarten?

MF
Ich kann mir vorstellen, dass ein der-artiges Verfahren ein Stück mehr Bürgernähe und Vertrauen in die Politik bringt. Die grosse Frage ist natürlich, wie sich ein solches Bürgerinnenpanel am Ende zusammensetzt, ob es ein Abbild der heterogenen Bevölkerung ist. Diskutieren am Ende nur die die Personen, die sozio-ökonomisch für eine Teilnahme an politischen Prozessen prädestiniert sind, dann wird wenig Breitenwirkung erzielt.

IS
Grosse Hoffnungen in Bezug auf politische Beteiligung werden ja auch in die Digitalisierung gesetzt. Von den Befürwortern von eVoting wird oft betont, dass sich damit die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen gerade z.B. bei jungen oder im Ausland wohnenden Stimmberechtigten verbessern liesse. Was halten Sie davon?

MF
Bislang gibt es keine gesicherten und fundierten Erkenntnisse, dass mit eVoting die Beteiligungs-bereitschaft zunimmt. Allerdings kann dieses Verfahren in zehn bis fünfzehn Jahren durchaus auch Einzug halten. Die kommenden Generationen werden gerade in die digitale Welt hineingeboren. Insgesamt lassen sich durch die Digitalisierung Informationen schneller verbreiten. Menschen können gezielt mobilisiert werden. Aber auch hier gilt: Es ist noch unklar, in-wiewern die Digitalisierung auch zur Mobilisierung derjenigen führt, die sonst nicht wählen gehen würden. Vielleicht werden auch nur diejenigen zur Wahl bewegt, die auch analog informiert wählen gegangen wären.

IS
Die Klimabewegung versucht, sich bewusst unabhängig von den Parteien zu positionieren. Gleichzeitig wird sie von letzteren gerade im Zusammenhang mit den Wahlen umworben. Es existiert die Hypothese, dass es einer neuen Partei oder Bewegung oft gelingt, ehemalige Nichtwählende zu einer Teil-nahme zu bewegen. Welchen Effekt erwarten Sie in Bezug auf die Beteiligung an den kommenden Wahlen?

MF
Man darf nicht vergessen, dass die Nichtwählenden ein relativ bunter Haufen sind. Insofern haben prinzipiell alle Parteien die Möglichkeit, diese zu mobilisieren. Im Oktober werden jedoch vermutlich andere Gruppen von Nichtwählenden mobilisiert als vor vier Jahren, als die Migration im Zentrum der Aufmerksamkeit stand. Alle Prognosen gehen davon aus, dass es eine Verschiebung in Richtung der grünen Parteien geben wird. Sie sind mit dem Umwelt- und Klimathema gross geworden und haben es systematisch seit Jahrzehnten bearbeitet. Für die grünen Parteien scheint jetzt Zahltag ihrer Themenkompetenz. Allerdings hatte man dies auch nach der Katastrophe in Fukushima diskutiert, aber der Wahleffekt hat sich nicht wie erwartet eingestellt. Für einen positiven Effekt für die grünen Parteien spricht dieses Mal, dass das Thema von einer Bewegung getragen wird, die nicht nachgelassen hat. Es kann deshalb gut sein, dass sich jetzt verschiedene Menschen aus dem Kreis der Nichtwählenden durch das Thema des Klimawandels direkt und spürbar angesprochen fühlen und mobilisiert werden. Wir haben z.B. auch einen «alternativen Nichtwähler»-Typus identifiziert, der politisch interessiert ist und vor allem alternativen politischen Beteiligungsmöglichkeiten nachgeht, wie Podien, Demonstrationen, etc., jedoch nicht an konventionellen Wahlen teilnimmt. Es ist gut denkbar, dass sich diese Personen am ehesten mobilisieren lassen und am 20. Oktober die Grünen wählen.

IS
Was wünschen Sie sich für die Demokratie?

MF
Ich wünsche mir, dass ein Pluralismus der Meinungen von allen Seiten zugelassen und gelebt wird, und dass die Toleranz die Oberhand über die Empörung gewinnt. Generell wünsche ich mir mehr Interesse für die Politik und das Gemeinwesen.

IS
Und was wünschen Sie sich für die kommenden Wahlen?

MF
Gute Daten zur Nachwahlbefragung.

Abstimmmen: ja, Wählen: nein

Laurenz* sitzt auf dem Sofa. Bart, lange Haare, schwarzes ärmelloses Shirt. «Jetzt könnt ihr eigentlich den Strom anstellen!» Während des Gesprächs koordiniert er parallel zwei Leute, die die Soundanlage für eine Privatparty einrichten. Das hat er so geplant, denn dem Handwerker fehlt momentan Zeit: Er balanciert zwei Jobs und ist dieses Jahr Vater geworden. Daneben macht er Musik und ist an verschiedensten Orten engagiert. Deshalb findet das Gespräch unter diesen Um- ständen statt, aber dass es stattfindet, war Laurenz wichtig. Denn Politik ist ihm wichtig; politische Positionierung ebenso. Er stimmt ab, seit kurzem ist er auch Gewerkschaftsmitglied. Doch Laurenz wählt nicht. Nicht in der Gemeinde, nicht im Kanton, nicht im Land. Wenn es nicht um Ja/Nein-Fragen geht, sondern um die Frage «Wer soll mich vertreten?», landet das Couvert im Altpapier. Ein heikles Thema sei das, besonders in linken Kreisen. Das Nichtwählen ist ein doppeltes Tabu: Man könnte ihm vorwerfen, dass er die Gesellschaft, die er ablehnt, mitverantwortet, weil er sein Wahl- recht nicht nutzt. Diejenigen, die noch weniger als er an die Demokratie glauben, könnten ihm aber ebenso mit dem gegenteiligen Vorwurf kommen: Weil er abstimmt, erhält er das politische System.

Mit Menschen über das sprechen, was sie nicht tun, ist oft nicht einfach. Ich fahre nicht Auto, Auto-fahren ist schlecht für die Umwelt. Aber: Ich kann auch nicht Auto fahren. I am not able to drive a car, war zu faul, um mir etwas beizubringen, was ich nicht unbedingt können wollte. Bin ich nun über- zeugter Nicht-Autofahrer? Kann ich im Detail erklären, weshalb ich nicht Auto fahre? Knapp 5,4 Millionen Menschen waren 2017 in der Schweiz stimmberechtigt. Sie sind «der Souverän». Ein (zum Glück nicht ganz) allmächtiger Herrscher aufgeteilt auf 5,4 Millionen Körper, vielleicht ein Schwarm, aber kein Ameisenbau. Denn Ameisen tun für den Bau, was sie für den Bau tun sollen, komme was wolle. Dem Souverän hingegen fehlt das Pfllichtbewusstsein, er ist mehr als halbseitig lahm.

Weniger als die Hälfte der Schweizer Stimmberechtigten haben 2015 über das neue Parlament bestimmt: 48,5 Prozent. Weil sie zu zufrieden oder zu faul sind. Weil sie sich nicht interessieren oder die Politik als zu kompliziert empfinden. Weil sie so unzufrieden sind, dass sie nicht mehr an die Wirkung ihrer Stimme glauben.

Aber dann gibt es noch eben auch solche, die jedes Abstimmungsbüchlein durchlesen und wissen, wie rum der Stimmrechtsausweis ins Couvert gehört, die aber trotzdem nicht wählen. Gemäss den Politologen Matthias Fatke und Markus Freitag sind fast 13 Prozent der Nicht-Wähler*innen Abstimmer*innen, so wie Laurenz. Und wie Laurenz sind laut Fatke/Freitag die Mehrheit dieser abstimmenden Nicht-Wählenden eher jünger und wohnen in grossen Städten. Das ist besonders deshalb spannend, weil es in kleinen Landkantonen mehr Gründe gibt, als politischer Mensch nicht zu wählen: Wenn es nur einen Sitz gibt und es fast zur stillen Wahl kommt, kann man es gleich lassen. In Nidwalden ist der FDP-Ständerat bereits ohne Abstimmung wiedergewählt, weil niemand gegen ihn kandidiert. Der bisherige SVP-Nationalrat muss sich der Wahl stellen – gegen einen CVPler, dem die eigene Partei die Unterstützung verweigert. So eine Ausgangslage demotiviert wahrscheinlich viele Stimmberechtigte.

Wahrscheinlich können auch nicht alle abstimmenden Nicht-Wählenden ihre Gründe erklären, aber immerhin kann man mit ihnen über Politik diskutieren. Sie setzen sich ja mit den Themen auseinander. Sie wären Nicht-Auto-Fahrer, that would be able to drive a car. That are allowed to drive a car. Laurenz setzt sich mit dem Klimawandel ebenso auseinander wie mit Stadtentwick- lungsfragen und der Hornkuh-Initiative. Da hat er «Ja» gestimmt; die Kühe haben einen sozialen Mehrwert, wenn sie mit den Hörnern leben dürfen. Darum soll man Hornkühe fördern. Das sei ein Fall gewesen, bei dem er sich eine Meinung durch das Abstimmungsbüchlein gebildet hat. «Es ist schon ein Luxus: Du bekommst einen Brief nach Hause, kannst dich einlesen und dann entscheiden, was du für sinnvoll hältst und was nicht.» Laurenz tut aber mehr als das: Er ist regel- mässiger Demogänger. Wenn ihn ein Anliegen stört, geht er auf die Strasse. Er stimmt ab, was er für richtig hält. Wieso schickt er das Abstimmungscouvert ab, aber das Wahlcouvert nicht? Wenn Wahlen nichts ändern, aber kein Aufwand sind, wieso nicht trotzdem wählen? Die meisten Demonstrationen ändern auch nichts – und bedeuten mehr Aufwand als eine Wahl.

One Dollar, one vote – sagt Laurenz. Die Schweiz ist keine echte Demokratie – sagt Laurenz. Sondern? Eine Diktatur des Kapitals. Laurenz sagt, dass er ausser sich selbst nie jemanden wählen würde. Fairness und Transparenz in der Politikfinanzierung seien entscheidend. Die Politik in der Schweiz sei käuflich. Laurenz hat klare Haltungen, aber auch konstruktive Vor- schläge. «Kennst du das Draftsystem aus dem American Football?» Im American Football

können alle Teams abwechslungsweise Nachwuchsspieler aus einem Nachwuchsspielertopf auswählen. So soll man es mit den Parteifinanzan machen. Das wäre seiner Meinung nach ein Weg, um die Schweiz demokratischer zu gestalten.

Würde er dann wählen? Er zaudert, er zögert. «Nur ich vertrete wirklich meine Interessen. Ich könnte immer nur mich selber wählen.» Selbst wenn jemand in den Themen, über die im Wahl- kampf gesprochen wird, vollkommen deckungsgleich mit ihm sei, heisse das nicht, dass diese Person in allen Themen seine Interessen vertrete. Zum Beispiel bei Elektroautos: Laurenz hasst Elektroautos, viele Linke mögen Elektroautos. Es folgt eine Tirade über Elektroautos, aber der Konflikt ist wohl grundsätzlicher: Laurenz stört Repräsentation an sich. Obwohl er weiss, dass es sich nicht ändern lässt. Ok, aber wenn er nur sich selbst wählen würde, was würde er als Politiker denn tun? Er würde einen Vermögens- und Einkommensdeckel einführen. Und da wäre er radikal: Alles abschöpfen über 100 Millionen. Das fehle ihm an der Politik: die Radikalforderungen. Wie bei einem Streik müsse man auftreten, nicht so wie es Politiker*innen im Parlament tun. Noch weniger hält er von Exekutivpolitiker*innen. Er nennt das Beispiel Richard Wolff. Wenn dieser als Polizeivorsteher radikal agiert hätte, hätten ihm das nur schon die Polizist*innen selbst verunmöglicht, glaubt Laurenz. Bei Abstimmungen sei es so: Hast du die Fragestellung mal verstanden, mal erkannt, wie du abstimmen musst, geht es ganz klar um eine Abbildung deiner Haltung. Wenn du jemanden wählst, so Laurenz, weisst du nicht, was diese Person dann tut.

Aber die Gewählten setzen immerhin die Abstimmungsergebnisse um, wende ich ein. Wir stimmen nur über die wenigsten Fragen ab, meist entscheiden die Gewählten, wie was gemacht wird. Laurenz stimmt zu. Er anerkennt auch, dass es eine Art Parlament immer braucht. «Nehmen wir an, alle Fabriken im Quartier wären Kooperativen und würden von einem Rat organisiert. Dann bräuchte es auch einen Rat aller Fabriken im Quartier, einen Rat für den Stadtteil, die Stadt, den Kanton.» Anarchistische Gesellschaftskonzepte wie Kommunitarismus oder Anarchosyndikalismus sehen Betriebsräte, demokratisierte Fabriken, als Grundlage des politischen Systems. Wäre das denn Laurenz' Utopie? Er sagt, seine Utopie wäre einfach, wenn alle Menschen verstanden hätten, dass es gemeinsam besser geht. Die Unruhen in London 2011, bei denen Gebäude und ein Bus dran glauben mussten, oder jene in den Pariser Banlieues, hätten vielleicht dazu geführt, dass manche «Vergessene» wieder wahrgenommen werden. Aber trotzdem kann Laurenz diesen Beispielen – die er selbst einbringt – nichts abgewinnen. Heute habe er mehr Hoffnung auf Veränderung als auch schon. Die Klimabewegung ist der Grund dafür. Die Kinder, Jugendlichen und Eltern haben überzeugende Argumente, weshalb wir «uns als Gesellschaft selbst an die Wand fahren». Mit der Klimabewegung sei er zu grossen Teilen auf demselben Nenner. Es gibt FDP-Nationalrat*innen, die das auch von sich behaupten. Vieles, von dem, was Laurenz sagt, wirkt sehr gemässigt.

Wie er sich informiert? Teils über linksradikale Plattformen, wo alle veröffentlichen können, wie früher Indymedia oder Linksunten-Indymedia. Teils auch über Flyer. Aber überraschenderweise ist Laurenz' wichtigste Informationsquelle SRF. Dabei sei ihm etwas aufgefallen: Wenn SRF über eine Demonstration in Deutschland berichte, seien sie kritischer gegenüber der offiziellen Sicht als bei Demos in der Schweiz. Erst spricht er von «Staatsmedien», als ich ihn darauf auf- merksam mache, korrigiert er sich: öffentlich-rechtliche Medien. Zur No Billag-Initiative habe Laurenz eine «wiespältige Haltung» eingenommen, sagt er. Aber natürlich brauche es Journalismus, an der Busstation habe er gerade jemanden mit dem SVP-Extrablatt gesehen. Das findet er schlimm.

Natürlich verachtet Laurenz die SVP. Trotzdem wählt er nicht ihre Gegner. Gegen Ende des Gesprächs, seine Kollegen haben die Musikanlage längst fertig eingerichtet, wird er nachdenklich. Abstimmen... Ob's was bringt?

Leben, ob's was bringt? Wer weiss das schon. Nachvollziehen, wie man etwas nicht tun kann, was zwanzig Minuten Zeit in Anspruch nimmt, aber vielleicht zu Veränderung beitrif, kann ich nicht. Aber gleichzeitg könne ich seit kurzem dieses Gefühl des inneren Widerstands: Keine der Ständeratskandidatinnen in Basel, wo ich lebe, will ich wählen. Ich weiss, welche Wahl das kleinere Übel wäre und ich wüsste, dass ich sie wählen sollte. Aber alles in mir sperrt sich da- gegen. Nicht wählen, ob's was bringt? Sicher nicht, aber ausnahmsweise verzichte ich trotzdem.

Von Benjamin von Wyl ist Journalist und Autor. *Name geändert.

Professor Markus Freitag ist Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. In den letzten Jahren war er an zwei ausführlichen und vielbeachteten Studien zu Nichtwählern in der Schweiz beteiligt. Zahlreiche seiner Studien widmen sich der politischen und sozialen Beteiligung von Schweizerinnen und Schweizern.

Ein politischer Nichtwähler erzählt

Benjamin von Wyl ist Journalist und Autor.

Einbahn

Über 8.5 Millionen Menschen leben aktuell in der Schweiz. Jeder Vierte davon darf aufgrund seiner ausländischen Staatsangehörigkeit nicht an die Urne. Was macht es mit einem Menschen, das hiesige politische Geschehen nicht mitbestimmen zu können? Miriam Suter hat für diese Ausgabe fünf Betroffene zu einem Gespräch getroffen. Und schliesslich jemanden, der eine Möglichkeit zur Partizipation entwickelt hat.

Marnix Kippersluis, 31, Holländer

Miriam Suter
Warum lebst du in der Schweiz?

Marnix Kippersluis
Meine Freundin ist Schweizerin. Sie hat ihren Master in Holland abgeschlossen, dort gibt es viele englischsprachige Master-Studiengänge. Wir haben uns in Utrecht an der Uni kennengelernt. Sie bekam dann ein Jobangebot in der Schweiz, ich musste nur noch meine Masterarbeit schreiben und fand, das wäre eine coole Gelegenheit für ein Abenteuer.

MS
Hast du dein Studium von der Schweiz aus abgeschlossen?

MK
Genau, ich habe meine Masterarbeit von hier aus geschrieben. Das war für meinen Professor kein Problem. Und gleichzeitig habe ich Teilzeit gearbeitet. Mittlerweile bin ich natürlich mit dem Studium fertig und arbeite seit fast vier Jahren Vollzeit.

MS
Befindest du dich im Verfahren für den Schweizer Pass?

MK
Nein. Das geht gar nicht, weil ich erst seit viereinhalb Jahren in der Schweiz wohne.

MS
Die Möglichkeit, die Politik derart direkt mitzubestimmen, ist in der Schweiz weltweit einmalig. Bist du politisch interessiert?

MK
Ja, ich interessiere mich sehr für Politik, schon immer. Ich war während meines Studiums zwei Jahre im Vorstand einer lokalen politischen Partei in Holland aktiv. Meine Masterarbeit im Verfassungsrecht handelte von Demokratie. Ich verfolge auch die Schweizer Politik gern, wobei ich sagen muss, dass ich mich vor allem für die schweizerische Aussenpolitik interessiere.

MS
Warum?

MK
Das hat wahrscheinlich damit zu tun, das ich gerade dort sehr viele Unterschiede sehe zwischen Holland und der Schweiz. Aber auch die interne Politik verfolge ich. Ich lese eigentlich nur noch schweizerische Zeitungen wie die NZZ oder den Tagi, schau SRF, wenn es gerade interessante Themen gibt, und so weiter. Auch in meinem Freundeskreis wird immer über Politik diskutiert, und dann bist du natürlich ausgeschlossen, wenn du keine Ahnung hast, wer gerade was gemacht oder gesagt hat.

MS
Was macht es mit dir, in einem Land zu leben, in dem du das politische Geschehen nicht via Wahl oder Abstimmung beeinflussen kannst?

MK
Ich verstehe es, finde es aber auch schwierig. Es ist nachvollziehbar, dass nicht jede abstimmen kann, sobald sie oder er in der Schweiz ankommt. Demokratie braucht ein Gefühl von Zusammengehörigkeit zwischen den Beteiligten, und das braucht ein gewisse Menge an gegenseitigem Verständnis und Einfühlungsvermögen. Es ist auch ganz menschlich, dass wir uns immer abgrenzen wollen von anderen Gruppen. Es gibt bei Menschen leider immer ein «wir» und ein «sie». Was wir geschaffen haben, wollen wir auch für uns behalten. Die «Anderen» sollten sich erst einmal beweisen. Demokratie funktioniert nur mit diesem Gruppengefühl.

MS
Was siehst du kritisch?

MK
Viele Entscheidungen, über die «wir» – also eigentlich «ih» abstimmt, betreffen auch mich. Abstimmungen über zum Beispiel die Bilateralen betreffen mich sogar deutlich direkter. Es macht mich ehrlich gesagt einermassen apathisch, dass ich nicht abstimmen darf. Warum sollte ich mich weiterhin für Politik interessieren, wenn ich so oder so keinen Einfluss nehmen kann? Es macht mir immer wieder Spass, wenn auf der Strasse jemand Unterschriften sammelt, ich geduldig zuhöre und am Schluss auf perfektes Zürichdeutsch sagen muss, dass ich gar nicht abstimmen darf. Finde das irgendwie lustig.

Benjamin Quirico, 31, Ungar

Miriam Suter
Beobachtest du Wahlen und Abstimmungen in der Schweiz?

Benjamin Quirico
Meine Mitbewohnerin bekommt immer so dicke Umschläge zugeschickt. Soweit ich das verstanden habe, sind das eben diese Zettel zum Abstimmen. Und sonst bekomme ich halt aus den Medien und im Internet und von Schweizer Freundinnen und Freunden mit, wenn es grössere, kontroverse Themen sind, zu denen abgestimmt wird.

MS
Bist du politisch interessiert?

BQ
Politisch jetzt nicht super aktiv, aber doch interessiert. Vor allem seit der Rechtsruck gerade in Europa immer offensichtlicher wird.

MS
Du lebst seit vier Jahren hier, hast keinen Schweizer Pass. Wie fühlt es sich an, in einem Land zu leben, in dem du auf politischer Ebene nicht mitbestimmen darfst?

BQ
Hm. Da muss ich vielleicht bisschen weiter ausholen. Ich bin gebürtiger Ungar, in Österreich aufgewachsen und lebe mittlerweile in Zürich. Ich habe tatsächlich noch nie irgendwo gewählt. In Österreich durfte ich ja wegen meiner Staatsbürgerschaft nie wählen gehen. Genau wie jetzt in der Schweiz. Und zu Ungarn habe ich zu wenig Bezug, um mich meiner Abneigung gegenüber Bürokratiwahnsinn – der bei Briefwahl leider nicht ganz auszuschliessen ist – zu stellen. Um die Frage also zu beantworten: Es macht nicht sonderlich viel mit mir, in dem Land, in dem ich lebe, nicht wählen zu dürfen. Habe mich irgendwie damit abgefunden. Uncool eigentlich, ich weiss.

Ewa Bender, 21, Deutsche, C-Ausweis

Miriam Suter
Möchtest du den Schweizer Pass beantragen?

Ewa Bender
Momentan befinde ich mich nicht in einem Verfahren, würde es aber gerne beginnen. Da ich Studentin bin mit wenig Geld, kann ich das aber nicht im Alleingang machen. Mein Vater und meine Geschwister reden zwar gelegentlich darüber, aber es kommt immer wieder was dazwischen und ich alleine kann mir das nicht leisten.

MS
Inwiefern beobachtest du das politische Geschehen in der Schweiz?

EB
Ich beobachte Wahlen und Abstimmungen. Seit ich 15 bin, bin ich Mitglied in der JUSO und war auch lange Co-Präsidentin der JUSO Graubünden. Jetzt bin ich in der Milijugend engagiert, aber immer noch auch JUSO und SP-Mitglied.

MS
Nervt es dich, dass du nicht abstimmen und wählen kannst?

EB
Ich würde wahnsinnig gerne auch mit meiner Stimme die Schweizer Politik-Landschaft mitgestalten, nicht bloss mit meinem politischen Engagement in Parteien. Ich fühle mich manchmal machtlos, wenn ich für Abstimmungen aktiv auf der Strasse stand und dann die Wahlbeteiligung so wahnsinnig tief ist. Ich bin dann auch genervt, dass Leute ihr Wahl- und Stimmrecht nicht nutzen. Sagen zu können «es spielt mir keine Rolle, was politisch so läuft» ist ein wahnsinniges Privileg.

MS
Gibt es ein Erlebnis, das dir besonders in Erinnerung blieb?

EB
Am schlimmsten fand ich es, als wir als JUSO GR für das kantonale Ausländer*innen-Stimmrecht am Unterschriften Sammeln waren. Da wurde mir direkt ins Gesicht gesagt, dass Leute, die keine Ahnung haben, nicht mitreden sollen. Einerseits ist es ziemlich xenophob, davon auszugehen, dass Ausländer*innen «zu dumm» zum Abstimmen sind und andererseits ganz eklig elitär, wenn man sagt, nur «gut informierte» dürfen abstimmen.

Integration

Rosen Ferreira, 44, Portugiesin

Miriam Suter
Du befindest du dich im Verfahren für den Schweizer Pass – warum?

Rosen Ferreira
Ich habe mich nach langem Ringen dafür entschieden. Ausschlaggebend für mich ist, dass ich es satt habe, mich als Migrant*in disziplinieren lassen zu müssen – siehe Ausschaffungsinitiative. Das Wahlrecht on top ist nice, sollte aber selbstverständlich sein, immerhin lebe ich seit 13 Jahren hier und gestalte seither dieses Land auch mit.

MS
Wie meinst du das?

RF
Diese Disziplinierung besteht u.a. darin, dass der Aufenthalt nicht nur an eine Lohnarbeit, sondern auch an gesundheitliche Fragen gekoppelt ist. Wer eins von beidem verliert – und das geht vor allem in prekären Jobs Hand in Hand – verliert je nach Aufenthaltsstatus das Recht in der Schweiz zu bleiben. Auch Armut rächt sich: Bei einem Eintrag im Betreibungsregister wird's schwierig, etwa mit der Einbürgerung. Für Migrant*innen, die nicht aus dem EU- oder EFTA-Raum kommen, ist es mit dem neuen Migrationsregime noch schwieriger geworden, sich einbürgern zu lassen.

MS
Wie betrifft dich das persönlich?

RF
Nicht, dass ich ein Verbrechen plane. Aber allein ein «unrechtmässiger Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe» – was auch immer das heissen mag – oder die «qualifizierte Störung des öffentlichen Verkehrs» beziehungsweise der politisch opportun auslegbare Landfriedensbruch – das könnte ja zum Beispiel an einer Demo passieren – können ausreichen, um mich in den Flieger nach Lissabon zu setzen. Die Ausschaffungsinitiative dient dazu, Migrant*innen kleinzuhalten – als gäbe es nicht bereits ein Strafrecht.

MS
Gibt es etwas, das dich als Migrant*in spezifisch verunsichert?

RF
Im Kontext der Ausschaffungsinitiative, sich verschärfender Polizeigesetze, digitaler Überwachung und von Kollektivstrafen, überlegen es sich Nicht-Schweizer*innen mehrmals, ob sie an einem Protest teilnehmen – erst recht, wenn es sich um undokumentierte und/oder nicht-EU-Migrant*innen handelt.

MS
Gibt es Faktoren, die dein Verfahren für den Pass verlangsamen?

RF
Beim ersten Überfliegen der Formulare habe ich mich geärgert über den darin enthaltenen Rassismus. Wenn ich zum Beispiel Nicht-Schweizer Kinder habe, muss ich mich verpflichten, sie gemäss der «Schweizer Werte» zu erziehen. Hat das Kind durch Zufall einen Schweizer Pass, entfällt das. Integration als Einbahnstrasse – I love it.

MS
Was macht es mit dir, in einem Land zu leben, in dem du das politische Geschehen nicht via Wahl oder Abstimmung beeinflussen kannst?

RF
Es ärgert mich. Für mich ist das strenge Migrationsregime und der Erfolg der SVP Ausdruck einer von Rassismus durchdrungenen Gesellschaft. Egal, was Migrant*innen tun, selbst wenn sie den Schweizer Pass haben, sie müssen «besser» sein als Schweizer*innen, sonst wird ihnen die Herkunft wieder angelastet – wie kürzlich, als einem türkisch-schweizerischen Doppelbürger der Schweizer Pass wieder abgenommen wurde.

Salome Adam, Deutsche

Miriam Suter
Du lebst seit sieben Jahren in der Schweiz – verfolgst du das politische Geschehen hier?

Salome Adam
Ja, immer. Ich schau mir auch immer die Abstimmungsunterlagen von meinem Freund an und lese Medienberichte zu den Abstimmungen. Ausserdem unterhalte ich mich gerne mit Freunden darüber.

MS
Bist du politisch aktiv?

SA
Ja sehr. In der Schweiz war ich in der Studierendenvertretung aktiv und war in der Mittelbauvertretung, unter anderem als Co-Präsidentin von actionuni – der Schweizer Mittelbau aktiv. Das heisst, ich habe immer politisiert auf kantonaler und nationaler Ebene.

MS
Was macht es mit dir, in einem Land zu leben, in dem du die Politik nicht mitbestimmen darfst?

SA
Es hat mir jede Freude an der politischen Arbeit genommen. Ich war früher auch bei den Jusos und in der SPD aktiv. Hier frage ich mich: Wie kann ich jemanden motivieren abzustimmen, wenn ich selber gar nicht abstimmen darf? Ich finde das schizophoren und habe mich daher komplett aus der politischen Arbeit zurückgezogen. Ausserdem finde ich es zynisch, dass wenn man ein*e Schweizer*in fragt, was ihre Identität ausmacht, immer als Antwort kommt: direkte Demokratie. Diese wird jedoch den vielen Ausländer*innen verwehrt, zeitgleich sind die Hürden für die Einbürgerung extrem hoch, allein schon durch die lange Wartezeit. Des Weiteren wird es als wichtiges Schweizer Integrationsmerkmal verstanden, dass man weiss, wie die Abstimmungen funktionieren und wie man wählen kann. Aber wieso sollen sich denn Ausländer*innen damit fundiert auseinandersetzen, wenn ihnen eine Teilnahme über so viele Jahre verwehrt wird? In Holland durfte ich nach 3 Monaten Wohnsitz auf Gemeindeebene abstimmen. Das führte dazu, dass ich mich mit dem Wahlsystem auseinandersetzte und mit holländischen Kolleg*innen Diskussionen über die Parteien führte. Das ist definitiv eine bessere Integration.

Vote Tandem

Vinzenz Leutenegger, 24, hat zusammen mit Daniel Holler, 24, im Rahmen der Abschlussarbeit seines Interaction Design-Studiums an der ZHdK die Plattform votetandem.org entwickelt. Die Idee dahinter: Nicht-Stimmberechtigten eine Stimme geben. Votetandem funktioniert folgendermassen: Die stimmberechtigte Person registriert sich für ein Treffen auf der Webseite. Menschen, die nicht abstimmen dürfen, können sich dort jemanden aussuchen, Sie vereinbaren ein Treffen, diskutieren zusammen und die stimmberechtigte Person füllt am Ende die Unterlagen aus.

Miriam Suter
Vinzenz, woher kam die Idee zu votetandem.org?

Vinzenz Leutenegger
Wir haben uns gefragt, was wir als Designer zum politischen Geschehen in der Schweiz beitragen können. Unser Ansatz ist anders als der von Politiker*innen oder Aktivist*innen, vielleicht ein wenig mehr auf die Praxis ausgerichtet. Damit wollen wir aber nicht die wichtige Arbeit von Politikern und Aktivistinnen schlecht reden. Die sind vielleicht wichtiger als wir. Wir haben nach alternativen Möglichkeiten zur Partizipation an der Politik gesucht, haben dann Prototypen zur Zugänglichkeit entwickelt und bemerkt, dass ein riesiger Teil rechtlich von Abstimmungen und Wahlen ausgeschlossen ist, aber ein anderer, grosser Teil von Stimmberechtigten kein Vokabular oder Selbstvertrauen hat, sich politisch auszudrücken. Diese zwei Menschengruppen wollten wir zusammenbringen.

MS
Wer nutzt euer Angebot?

VL
Meiner Meinung nach gibt es zwei Arten von Teilnehmer*innen: aktive und passive. Aktive melden sich an, nehmen teil, Passive schauen von aussen zu und bilden sich eine Meinung. Das Thema Wahlrecht in der Schweiz wollten wir so zugänglicher und direkter gestalten. Wir machen ein abstraktes politisches Thema konkret, verständlich für eine breite Masse und binden damit auch die ausländische Bevölkerung mit ein.

MS
Was, wenn man beim Gespräch merkt, dass man nicht auf der gleichen politischen Wellenlänge ist?

VL
Man muss seine Stimme nicht abgeben. Auf der Plattform weisen wir darauf hin, dass beide Seiten jederzeit aussteigen können. Das ist sehr wichtig. Man hat also auch selbst die Freiheit, wie man das im Gespräch handhabt, und niemand wird gezwungen etwas zu tun, was die Person nicht möchte.

MS
Wieviele Leute nutzen votetandem?

VL
Im Moment sind es noch nicht so viele. Die Stimmzettel für dieses Jahr sind aber auch noch nicht raus – ich hab sie zumindest noch nicht erhalten – und wir müssen zuerst ein wenig mehr Aufmerksamkeit erhalten. Ich kann leider nicht genau sagen, was für Leute die Plattform benutzen – wir speichern bewusst keine Daten zu den Personen.

MS
Welches Feedback erhaltet ihr auf euer Projekt?

VL
Klar, unser erweiterter Freundeskreis findet es toll. Wir merken, dass Menschen ohne Schweizer Pass sehr interessiert an unserem Projekt sind. Sie haben wirklich den Drang mitzumachen und freuen sich extrem darüber, eine neue Möglichkeit zur politischen Teilnahme zu haben. Interessant finde ich, dass sich politische Organisationen sehr für uns interessieren und wir von Daniel Graf an das Demokratie Festival eingeladen wurden. Das gibt mir das Gefühl, dass unsere Message und unser Projekt anerkannt werden, nicht nur von Leuten, die uns nahe stehen. Unser Projekt trägt zur Meinungsbildung bei und mich freut es sehr, dass es von anderen Seiten verstanden wird, obwohl es innovativ ist. Das ist etwas, was wir mehr machen wollen, weil sich die meisten Designer*innen in der Politik im Campaigning ansiedeln.

MS
Auf votetandem können sich auch minderjährige Schweizer*innen registrieren, die eigentlich noch nicht abstimmen und wählen dürfen.

VL
Es sind wohl weniger Minderjährige, die die Seite nutzen. Vielleicht, weil die nicht so einen langen «Leidensweg» hinter sich haben wie Menschen, die schon lange in der Schweiz leben, aber nicht abstimmen können.

12